

Finanzprogramm ist erfüllt aus Verhörungen der „linken“ sozialdemokratischen Kreise Schiens von gestern. Die Dresdener Volkszeitung schrieb gestern: „Es wäre allerdings für die Partei kaum zu ertragen, wenn der gegenwärtige Reichsanwalt Müller das Moldenbauerische Programm so wie es jetzt vorliegt, durchführen wollte, da es in der jetzigen Form für die Sozialdemokratie nicht erträglich ist.“

Und die Volkszeitung für das Voigtland ergänzte diesen Rahmentext wie folgt: „Wenn dieses Kompromiß Wehrheit würde, so hätten die breiten proletarischen Massen die Sache nicht zu jagen.“

Das Kompromiß ist Wahrheit geworden, und die „linken“ Sozialisten werden nicht weniger als vorher ihre Partei und deren Politik verteidigen, nicht weniger als vorher ihren Hellsicht gegen die kommunistische Partei fortsetzen.

In diesem Zusammenhang verdienen die Koalitionsverhandlungen in Sachsen eine kurze Erwähnung. Die Entscheidung im Reich wird die Bildung der Großen Koalition in Sachsen beschleunigen. Wie die Müller und Sebering im Reich, werden die Edel und Kochel in Sachsen das Programm des Finanzkapitals durchführen. Ihr Winkern um die Große Koalition, ihr Widerstand gegen die kommunistische Forderung auf Koalitionsauflösung sind schlagende Beweise dafür.

Für die Nationalsozialisten und Deutschnationalen war es eine billige Geste, gegen den Youngplan zu stimmen; denn die Wehrheit war geklärt, und selbst im Falle der Ablehnung hätten Hindenburg und der 8. 18 die Annahme und Durchführung des Youngplans gebietet. Aber Streikbruch und Arbeitermord, Verfassungsmißbrauch und schändliches Koalitionsangebot an die völksparteilichen Industriellen sind schlagende Beweise, daß die nationalsozialistische Opposition gegen den Youngplan nur ein niederträchtiger Wimpelfang ist.

Den revolutionären Kampf gegen den Youngplan und seine Durchführung führt nur die kommunistische Partei. Den Youngplan zerschlagen kann nur die proletarische Revolution. Das erkennt das proletarische Deutschland in zunehmendem Maße. Es wird diesen seinen Willen tun in der Wahl der Arbeiterkammer, im Kampf um Arbeit und Brot, im Kampf um die Straße und die Durchbrechung des Belagerungsquellens.

Sitzungsbericht

Berlin, 12. März. (Eig. Drahtbericht.)

Vor der Abstimmung der Younggeetze gestern im Reichstag verlas der Zentrumsgesandte Dr. Brüning noch eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß die Regierungsparteien auch die einleitende Formel für die neuen Waffenselbstungen haben werden. So blieb dem Präsidenten nichts mehr übrig, ihmatisch jeden einzelnen Paragraphen des Gesetzes, das eine verächtliche Ausbeutung der deutschen Proletariat auf zwei Generationen bedeutet, abstimmen zu lassen. Die Kommunisten beileiteten die Abstimmung mit Wutrufen. Als der Abgeordnete Reich in Postenrecht zum Rednerpult schritt, ertönen aus den Reihen der Kommunisten Zurufe:

„Die Pfaffen sehen bei keinem Verbrechen! Jetzt wird der Youngplan eingeführt!“

Zunächst kam der Artikel 1 des Gesetzes, der die entscheidenden Bestimmungen der Saager Konferenz vom August 1929 enthält, zur namentlichen Abstimmung. 251 Stimmen der Regierungsparteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei werden für den Artikel ausgeführt, 174 Abgeordnete stimmten dagegen und 28 enthielten sich der Stimme.

Artikel 2, der die Nebenabkommen enthält, wurde mit 261 gegen 177 Stimmen bei 25 Enthaltungen angenommen. Annahme fanden weiter das Reichsbankgesetz, das Reichsbankgesetz und das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen.

Die mit Spannung erwartete Aussählung der Stimmlisten bei der Abstimmung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens ergab 224 gegen 207 Stimmen bei 30 Enthaltungen. Also auch bei diesem Artikel kam es gegen die Sozialdemokratie zu einer knappen Mehrheit.

Ein kommunistischer Antrag auf eine Entschädigung der Klein- und mittelmäßigen Liquidations-, Verdächtigten- und Gewaltopfer, der namentlich abgelehnt wurde, fand nur die Unterstützung der Kommunisten.

Bereits am Mittwoch findet die dritte Lesung und die Endabstimmung zu den Younggeetzen statt. Am letzten Tage tritt auch der Reichstag zusammen, der noch in dieser Woche die neuen Steuern und Finanzgeetze gegen das Proletariat beraten und verabschieden soll. Die gesamte wertvolle Bevölkerung wird also in den nächsten Tagen schon erfahren, was es mit den „Segnungen“ des Youngplanes auf sich hat. Der parlamentarische Kampf um den Youngplan findet am Mittwoch seine Erledigung, aber der entscheidende Kampf gegen die Auswirkung des Youngplanes muß jetzt in verächtlicher Weise außerparlamentarisch von den Millionenmassen des Proletariats, die in immer tieferes Elend verfallen, geführt werden.

Reichsbankpräsident Lutzer

Berlin, 12. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Generalrat der Reichsbank hat gestern einstimmig den ehemaligen Reichsanwalt und jetzigen Vorsitzenden im Bund der Erneuerung des Reiches, Dr. Hans Lutzer, als Präsidenten der Reichsbank gewählt.

Wer Lutzer ist und welche Ziele er vertritt, haben wir bereits gesagt. Er wird das Erbe Schachts in dessen Sinn verwirklichen. So bleibt nur die Feststellung übrig, daß die sozialdemokratischen Minister nicht den Finger gerührt haben, um die Vollmachten und die Unabhängigkeit des Reichsbankpräsidenten zu beschneiden, obwohl die Regierung das Recht und die Möglichkeit dazu hatte. Das läßt den Schicksalskampf der SPD gegen Schacht in besonderem Maße erscheinen und zeigt wieder einmal, daß die Sozialdemokratie dem Finanzkapital ganz bewußt Machtpositionen einräumt.

Wieder ein Schlag gegen die Mieter

Berlin, 12. März. (Eig. Drahtbericht.)

Vor der Abstimmung über die Younggeetze stand im Reichstag der Antrag des Wohnungsausschusses über die Rücklässe der Hauszinssteuer zur Debatte und Abstimmung. Der Redner der Kommunisten, Genosse Schumann, Vorsitzender des Wohnungsausschusses, begründete bei dieser Gelegenheit den kommunistischen Antrag, die gerichtliche Höchstrente durch Reichsgesetz zu bestimmen, und zwar darf diese Miets 100 Prozent der Friedensmiete nicht übersteigen. Ferner fordern die Kommunisten, daß die Länderparlamente das Recht haben, Miets festzusetzen, die unter der reichsgesetzlichen Miets bleiben.

Beide kommunistischen Anträge, die namentlich abgelehnt wurden, erhielten nur die Stimmen der kommunistischen Fraktion. Mit dieser Abstimmung zeigten sowohl die Sozialdemokraten wie die Nationalsozialisten, daß ihre mieterfreundlichen Reden nichts weiter als elender Betrug sind. Der Ausschussantrag über die Rücklässe der Hauszinssteuer wurde angenommen.

Auf dem Wege zur Großen Koalition

in Sachsen — Demokraten lehnen Bürgerkabinet ab

Dresden, 12. März.

Die demokratische Landtagsfraktion hat einen Beschluß gefaßt, nach dem sie es ablehnt, einer Regierungskoalition, wie der des Bürgerkabinetts, zum Siege zu verhelfen.

Bereits gestern betonten wir, daß die Landtagsauflösung nicht erfolgen wird, abgesehen die „linken“ Sozialisten demagogisch erklären, alles solle sich zum Wahlkampf bereit halten. Heute nun kommen „Anzeiger“ und „Dresdener Nachrichten“ mit demselben Gelächter, der Landtag werde „auflöst“. Das ist alles Bluff, denn die Vorgeschichte hat folgende Auffassung von Wählerbesitzen in der sächsischen Situation:

„In verantwortlichen Kreisen sieht man in einer Auflösung auch keinen Fortschritt zugunsten einer sachlichen Arbeit; denn der Reichstag würde durch die Radikalisierung seiner Fraktionen an Arbeitsschichtigkeit erheblich einbüßen.“

Diese Angst der Bourgeoisie, die von der „SPD-Korrespondenz“ in dem Rufhandel um die Younggeetze im Reichstag zum Ausdruck gebracht wurde, wird sie auch in Sachsen zeigen. Die „Krisis“ parlamentarisch zu lösen. Und die „linken“ helfen selbstverständlich fleißig mit; denn Wedel hat es abgesehen, den Landtag einzuberufen zur Beratung des kommunistischen Aufstellungsantrages. Nur die kommunistische Partei fördert die Auflösung. Die Arbeiterkammer in den Betrieben muß durch Massenarbeit in den Betrieben der kommunistischen Fraktion unterstützen und die Forderungen einbringen.

Sinnlos mit dem Landtag! Sinnlos mit dem Belagerungsquellens! Sagen jede Koalition! Für ein Sowjetdeutschland! Der Kampf um rote Betriebsräte muß in diesem Sinne geführt werden!

Arbeiterstimme erneut beschlagnahmt

weil sie Hungermarsch der Erwerbslosen unterstützt

In dem amtlichen Bericht wird versucht, einen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu konstatieren. In Wirklichkeit ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger zurückgegangen infolge Waffenselbstungen der Arbeitgeber, die keine Unterstützung mehr erhalten. Selbst die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitern bleibt weit hinter früheren Jahren zurück. Besonders in der Metall- und Steinindustrie ist eine wachsende Erwerbslosigkeit zu verzeichnen.

Die Bourgeoisie versucht den Kampf des Proletariats gegen den Hunger mit allen Mitteln zu verhindern. So wurde gestern die „Arbeiterstimme“ beschlagnahmt, weil sie den Aufruf der Belegschaft der SPD zur

Unterstützung des Hungermarsches

veröffentlichte. Aber alle Repressalien scheitern an der Kampfbereitschaft der Arbeitermassen, die von den ehrliebigen Niedersetzern der Bürgerlichen und der SPD nicht fast werden. Die Massen kämpfen und werden

morgen in großen Kundgebungen

den Kampf gegen den Hunger, den Kampf um Arbeit und Brot durchführen.

Geben SPD-Reichstagsabgeordnete der Immunität beraubt!

Trotz Realerlaubnis — bei der Verfolgung von Kommunisten Einheitsfront von Huoenberg bis Edel!

Berlin, 10. März. (Eig. Drahtbericht.)

Trotz der im Moment vorhandenen Differenzen der Regierungsparteien können sich alle, als — halt haben kommunistischen Abgeordneten mit einem Schwere die Immunität zu rauben. Die Zeit, mit der dieser Kampf begonnen werden sollte, wurde am besten genutzter durch die Tatsache, daß weder ein Ausschussbericht noch ein Redner der Regierungsparteien zur Verteidigung der Realerlaubnis der kommunistischen Abgeordneten das Wort ertönen.

Der Genosse Weidlich benutzte keine auf Veranlassung der Sozialdemokraten geführte Redezeit, um den politischen Sinn des Immunitätsrechtes im gegenwärtigen Moment zu kennzeichnen. Die Immunität des Genossen Weidlich wird aufgehoben, weil er politisch hat: „Organisiert den Klassenkampf.“ (Hört, hört! h. d. Komm.) Die Immunität des Genossen Scheller wird aufgehoben, weil er das Engländer. Der Aufruf ist eine Kunst“ zitiert hatte. Bei den anderen Genossen wird die Immunität aufgehoben, weil ihre Artikel geeignet waren, der Schupo den Dienst zu verfehlen. (Stürmisches Hört, hört! bei den Kommunisten) oder weil sie die Arbeiterkammer zum „revolutionären Klassenkampf“ gegen die Republik anzuregen hatten.

Genosse Weidlich schloß seine wirkungsvolle Rede mit den Worten: „Wenn Sie heute gegen die kommunistische Partei gehen und die Immunität von kommunistischen Abgeordneten aufheben, dann erwidern wir als kommunistische Fraktion: trotz alledem, die kommunistische Partei lebt. Die kommunistische Partei wird energischer denn je den Kampf der Massen gegen die Regierungszentrale organisieren, und sie wird stets offen aussprechen, daß ihr Ziel ist: die Vernichtung der Bourgeoisie, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, der Aufbau des Sozialismus.“ (Beifall h. d. Komm.)

Der Nationalsozialist Stöhr wandte sich gegen die Aufhebung der Immunität bei zwei seiner Fraktionsgenossen, mit der Begründung, daß die Nationalsozialisten grundsätzlich nie für die Aufhebung der Immunität stimmen würden.

Unter allgemeinen Hört-Hört-Rufen erklärte jedoch der ehemalige sozialdemokratische thüringische Minister Rothlich, daß die Nationalsozialisten in Thüringen die Wiederholten Male für

die Aufhebung der Immunität bei Kommunisten stimmen werden. (Kommunistische Zurufe. Das ist die richtige Einheitsfront der Sozial bis zu den Nazis)

In der darauf folgenden Abstimmung, die namentlich durch stimmten 280 Abgeordnete der Regierungsparteien für und 64 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten gegen die vorgeschlagenen Anträge auf Aufhebung der Immunität. 37 Nationalsozialisten enthielten sich der Stimme.

Damit wurde dem Reichstagsbericht in Leipzig freie Hand zur Verfolgung der Genossen Kemmerle, Scheller, Radde, Lenz, Hübner, Kippenberger, Bieleke und Strödel gegeben.

Staa'sche ähnelnde Theorie

Dollseidüberfall auf unsere Parteizentrale

Berlin, 12. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Dienstagmorgen wurde die Rosa-Luxemburg-Schule in Richtung von 15 Kriminalbeamten der Abteilung 1A des Herrn Jägerich und einem Mafschot von 12 Landgendarmen überfallen. Die Polizeikräfte durchkäufte sofort das ganze Haus, ohne zu warten, bis der Mieter und Eigentümer des Hauses herbeigekommen wurde. Dem Landtagsabgeordneten Genosse Galle wurde auf telefonischen Anruf erwidert: „Hier gibt es keine Auskunft. Hier ist die Polizei. Wir werden euch jetzt schon den Hahn abbrechen.“

Der Zweck dieses heimlichen Überfalles wurde dem Genossen Galle, der inzwischen in der Schule eintraf, folgendermaßen erklärt: „Wir wollen wissen, was das für eine Schule ist, und was das für Schüler sind, welche Sachen hier geteilt werden und was überhaupt hier los ist.“ Aus dem ganzen Ansehen und brutalen Auftreten der Polizeibeamten ist zu schließen, daß solche Überfälle in der nächsten Zeit wiederholt werden.

Rote Schlanke auf Veuna

Ursachen: Entlassungen tausender revolutionärer Arbeiter — Sozialfaschistischer Terror — Unzulässige Schwankungen in der Wahrnehmung der Belegschaftsinteressen

Halle, 12. März. (Eig. Drahtbericht.)

Werkern und vorgehoren fanden auf dem Veunawerk (TG-Farben) die Betriebsratswahlen statt. Das Ergebnis ist folgendes:

Liste 1 (Freie Gewerkschaften) 5083 Stimmen; Liste 2 (Christen) 726 Stimmen; Liste 3 (Faschisten und Gelbe) 2214 Stimmen; Liste 4 (Opposition) 4781 Stimmen. Die Liste verteilte sich folgendermaßen: Liste 1: Arbeiterrat 13, früher 10, Betriebsrat 10, früher 8; Liste 2: Arbeiterrat 1, früher 1, Betriebsrat 1, früher 0; Liste 3: Arbeiterrat 3, früher 3, Betriebsrat 4, früher 2; Liste 4: Arbeiterrat 13, früher 16, Betriebsrat 9, früher 11.

Zum Ergebnis der Veuna-Betriebsratswahlen wird uns mitgeteilt: Eine der Hauptursachen des Stimmrückgangs der oppositionellen Liste ist die Verringerung der Belegschaft von 20 000 auf 15 000. Die 5000 Entlassenen waren bis auf einen geringen Rest durchweg oppositionelle Arbeiter. Es sind das nicht nur flüchtbewusste Veunawerker, sondern es befindet sich darunter auch der größte Teil der aktiven Funktionäre, deren Fehlen sich jetzt bei der Agitation in empfindlicher Weise zeigt. Sie sind durch eine unerhörte Denunziation- und Spitzelaktion der Sozialfaschisten und der Gelben zur Straße gebracht. Ganze Betriebe innerhalb des Werkes, die bis dahin Hochburgen der Opposition waren, wurden stillgelegt; oder auf ein Minimum reduziert. Außerdem sollte die aufrüttelnde Kraft der 11 000 Unkenarbeiter der bauseigenen Firmen, die noch zur Zeit der vorigen Betriebsratswahl im Veunawerk arbeiteten und jetzt auf 200 zusammenschmolzen sind. Im Hinblick auf die schon erfolgten Massenentlassungen wurde in den letzten Wochen vor der Wahl von den Sozialfaschisten und Werkversteiften die Mitteilung verbreitet, daß die Verteilung zur Stilllegung großer Teile des Werkes übergeben würde, wenn die Opposition siege und auf alle Fälle sofort Massenentlassungen folgen würden. So haben in diesen Vorarbeiten die Sozialfaschisten und Gelben in den letzten Monaten in reichem Maße Hand in Hand mit der Veunadirektion zur Erledigung der Opposition und ihrer einzelnen Stützpunkte gearbeitet.

Der ausschlaggebende politische Grund über das Gelingen der genannten Zahlen hinaus ist, daß alle Betriebskammern des letzten Jahres, insbesondere die Beschäftigung der Löhne und die

Vertierung der Arbeitszeit ohne einen Ausweis der Höhe, nützlich am pilloz hingenommen wurden. Auf die rückwärtigen Massenentlassungen wurde nicht mit Kampfmaßnahmen beantwortet. Die letzte Abstimmung der 4700 Veunawerker für die Liste der Opposition ist eine klare Kampfabstimmung in klarster Art. Trotz Terror, Entlassungsandrohung, Denunziationen und Spitzelwesen eine Kampfabstimmung der 4700 gegen den Sozialfaschismus, für die revolutionäre Taktik und für den offenen Kampf gegen den imperialistischen Krieg!

Müller-Regierung in Englands Spuren

Wir Kommunisten haben von Anfang an betont, daß der Youngplan die Einigung der kapitalistischen Mächte zum Kampf gegen die Sowjetunion bedeutet. Im Interesse dieses gemeinsamen Vorgehens gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat hat die Müller-Regierung jene ungeheuren Verpflichtungen an die Ententestaaten übernommen, namentlich mit der Wucht, die gesamten Völkern auf das abschreckende Maß abzumahlen. Was kümmert die Müller-Regierung das unerträgliche Elend der Massen. Sie brennt auf die Stunde, in der die vereinigten kapitalistischen Mächte über die Sowjetunion verfallen.

Ohne jedes Jögern läuft die Müller-Regierung seit der Unterzeichnung des Youngplans Provokation auf Provokation gegen die Sowjetunion. In diesen Tagen erfahren wir nun, bezeichnenderweise zuerst aus der sozialfaschistischen Presse, daß der Reichsanwalt Müller seinen Außenminister Curtius zum Berliner Reichsminister der Sowjetunion geschickt hat, mit der Drohung, die deutsche Regierung werde „in Zukunft zwischen den Feuerungen und Handlungen der Komintern und denen der russischen Regierung keinen Unterschied mehr machen und die russische Regierung künstlich für Feuerungen und Handlungen der Komintern verantwortlich machen.“

Das ist die offene Vorbereitung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen! Müller macht das in Form, wie sie früher ein Biemand bei der Vorbereitung seiner Raubzüge auch nicht annahmte. Der wütende Haß der Sozialfaschisten gegen die Sowjetunion kommt in dieser Außenpolitik des Müller-Kabinetts zum Ausdruck.

Der unerhörte Schritt der Müller-Regierung zeigt der Arbeiterkammer den Ernst der Lage. Der Youngplan verhängt die Kriegsgefahr. Die Arbeiter müssen sich zur Verteidigung der Sowjetunion zusammenschließen und den Kampf gegen die Müller-Regierung, dieser Regierung des Hungers und des Krieges mit verstärkter Kraft fortsetzen. Hände weg von der Sowjetunion!